Deutschland dem deutschen Volk ! Seite 6/7

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 5 vom 2. Februar 1974 | 8. Jahrgang | 5o Pfennig

Gegen Bonner Lohndiktat :

'Genscher heisst er uns bescheisst er !'

Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst kämpfen gegen staatlichen Lohnraub. Das provokatorische Angebot Genschers von 7,5 % beantworteten die Kollegen ebenso wie das spätere Angebot von 9 %: "Genscher heißt er – uns bescheißt er!" Im ganzen Bundesgebiet fanden in der letzten Woche Kurzstreiks und Demonstrationen statt. Und die Kollegen haben weitere angekündigt.

Noch geben sich die ÖTV-Führer radikal, wenn sie Genschers Angebote "entschieden zurückweisen". Aber ihre 15%-Forderung liegt weit unter dem, was die Kollegen auf Belegschaftsversammlungen gefordert haben. Während die Kollegen überall durch spontane Aktionen ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck bringen, propagieren die ÖTV- und DAG-Führer Punktstreiks. Punktstreiks aber sind die alte Taktik der DGB-Gewerkschaftsführung, um die geballte Kraft der Kollegen zu zersplittern und zu schwächen.



lo ooo demonstrierten in Dortmund

DÜSSELDORF: Mit einem Sitzstreik vor dem Düsseldorfer Hauptbahnhof legten am Dienstag morgen 100 Briefträger den Strassenverkehr in der Innenstadt lahm, um ihre Kampfentschlossenheit zu demonstrieren.

STUTTGART: 500 Arbeiter der Müllabfuhr, Straßenbahner und Postler demonstrierten gegen das Genscher–Angebot "Straßenbahn, Stromzähler stehen still, wenn es der Genscher so haben will!" Zugleich fanden verschiedene Warnstreiks statt.

DORTMUND: Nachdem am Montag 300 Arbeiter und Angestellte der Stadtverwaltung einen zweistündigen Kurzstreik durchführten, demonstrierten am Mittwoch 10.000 Kollegen von der Post, der Bahn, Stadtverwaltung usw. gegen das 9%-Angebot von Genscher.

WESTBERLIN: Kollegen der Westberliner Verkehrsbetriebe traten am Donnerstag früh während der Zeit des Berufsverkehrs für 2 Stunden spontan in den Streik. Protestaktionen, Kurzstreiks und Demonstrationen vieler hundert Kollegen fanden ebenfalls in Hamburg, Karlsruhe, Heidelberg, Kiel und anderen Städten statt.

Die Kollegen vom "öffentlichen Dienst" sind kampfbereit. Sie sind nicht gewillt, den vom imperialistischen Staat diktierten Lohnraub hinzunehmen. **Denn hier soll ein Exempel statuiert werden.** Genscher selbst sprach davon, daß der Abschluß im 'öffentlichen Dienst' "Auswirkungen für andere Bereiche der Wirtschaft' habe. Im Interesse der westdeutschen Monopole will der Staat voranpreschen und mit dem Abschluß im "öffentlichen Dienst" einen "Maßstab" setzen für die folgenden Verhandlungen bei Metall, Holz und Kunststoff, Druck und Papier usw. Und dieser Maßstab soll, wie Brandt feststellte, "unter zehn Prozent" liegen.

Daher hat jede Kampfaktion der Kollegen vom "öffentlichen Dienst" gegen den staatlich diktierten Lohnraub sowie gegen die verräterische Gewerkschaftsführung große Bedeutung auch für die Kollegen von Metall, für die Kollegen der Holz- und Kunststoffindustrie

Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung! Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

Freiheit für Sascha Haschemi !

Freispruch für alle Angeklagten des Roten Antikriegstages 1972

Am 28. Januar 1974 beginnt vor dem Amtsgericht München der Prozeß gegen Sascha Haschemi und zwei weitere Teilnehmer des Roten Antikriegstags 1972, denen vorgeworfen wird, daran teilgenommen zu haben, das Recht der KPD/ML auf eine Schlußkundgebung am Marienplatz in München gegen brutalen Polizeieinsatz zu erkämpfen. Deshalb werden sie jetzt von der Klassenjustiz vor Gericht gezerrt.

Zu diesem Prozeß veranstaltete die KPD/ML und die Rote Garde München eine Demonstration und am Abend eine Veranstaltung. Die Polizei und das Amt für öffentliche Ordnung wollten diese Demonstration nicht zulassen, mußten sich aber dem Druck der Solidarität mit den Angeklagten beugen.

An der Demonstration nahmen 150 Genossen und Sympathisanten teil. Auf Transparenten und in Sprechchören forderten sie Freiheit für alle politischen Gefangenen, Freispruch für die Angeklagten, Freispruch und Einbürgerung für Gen. Sascha Haschemi: Unter ihnen auch Genossen der iranischen Studentenorganisation Cisnu.



Sascha Haschemi, als aktiver Rotgardist mit der Auslieferung an das faschistische Schah-Regime im Iran bedroht, ist als Sohn eines Persers und einer deutschen Mutter in Deutschland aufgewachsen und spricht kein Wort persisch. Durch die Ausweisung versucht der Klassenfeind, einen kämpferischen deutschen Jungkommunisten loszuwerden.

Es ist bezeichnend für die Gruppe Rote Fahne Dortmund, daß sie sich nicht an der Solidarität für die Angeklagten beteiligte, sondern stattdessen eine eigene Demonstration aus anderem Anlaß durchführte. **In bewährter Spaltermanier versuchte sie, die Herstellung einer möglichst breiten Solidarität mit den Angeklagten zu verhindern, und sabotierte den Kampf gegen den Klassenjustiz.**

Auf der Verantsaltung verlasen Vertreter der CISNU eine Solidaritätsadresse. Der Genosse Haschemi berichtete über seinen Versuch, auf einer Ortsjugendversammlung der IG Metall unter den 40 Anwesenden Unterschriften unter eine Solidaritätserklärung zu sammeln. Vertreter des neorevisionistischen "Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD" auf dieser Versammlung agitierten dagegen, aber die Hälfte der anwesenden Kollegen gab dennoch ihre Unterschrift.

Gen. Hubert, der zweite Angeklagte, wohnt auf dem Land und ist Lehrling. Er bekam die Unterschriften aller Klassenkameraden aus der Berufsschulklasse, der er angehört.

Der dritte Angeklagte, Gen. Bernd, erhielt viele Unterschriften von seinen Arbeitskollegen im Betrieb.

In der Solidaritätserklärung, die die Kollegen unterschrieben, stehen die Worte:
" ...bist Du auch im Falle der Verurteilung für uns kein Verbrecher."

Die anwesenden Genossen und Sympathisanten spendeten 680,-- DM für die Prozeßkosten.

FREISPRUCH UND EINBÜRGERUNG FÜR GENOSSEN SASCHA HASCHEMI!

GEHEIMJUSTIZ GEGEN GENOSSEN ERNST AUST !

"Strenge Sicherheitsmaßnahmen geplant", hieß es in einer Würzburger Zeitung zum Prozeß gegen den Vorsitzenden unserer Partei am 22. 1. 74. Aber zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren kam es gar nicht. Heimtückisch nutzte die Klassenjustiz eine Erkrankung von Genossen Ernst Aust dazu aus, um mit Schnellverfahren und Geheimjustiz einen Prozeß zu umgehen, den sie fürchtete und Genossen Ernst Aust zu 5.400 DM Geldstrafe zu verurteilen, ohne daß er die geringste Möglichkeit erhielt, vor Gericht auszusagen.

Fortsetzung auf Seite 4

Saigoner Invasion auf chinesisches Gebiet zurückgeschlagen

Mitte Januar versuchten Truppen des Saigoner Marionettenregimes, Teile der Paracel-Inselgruppe zu besetzen. Die folgende Darstellung stützt sich auf die Erklärung des Außenministeriums der Volksrepublik China zu dieser Völkerrechtsverletzung der südvietnamesischen Söldlinge des US-Imperialismus.

Nach dem 15. Januar 1974 setzten die Saigoner Behörden Südvietnams skrupellos Marine- und Luftwaffeneinheiten zur Invasion chinesischer Inseln im Südchinesischen Meer ein. Sie setzten Kriegsschiffe ein, die ein chinesisches Fischerboot rammten und beschädigten. Besonders schwerwiegend war, daß die Saigoner Truppen am 19. Januar einen bewaffneten Angriff auf die chinesischen Inseln starteten. Kriegsschiffe und Flugzeuge beschossen die Inseln und warfen Bomben ab, wobei sie chinesische Fischer und Volksmilizionäre getötet und verwundet haben. Sie überfielen chinesische Küstenboote, indem sie als erste das Kanonenfeuer auf sie eröffneten. **Die chinesische Flottille und die chinesischen Fischer und Volksmilizionäre setzten sich heldenhaft zur Wehr, wobei sie den angreifenden Feinden die gebührende Abfuhr erteilten.**

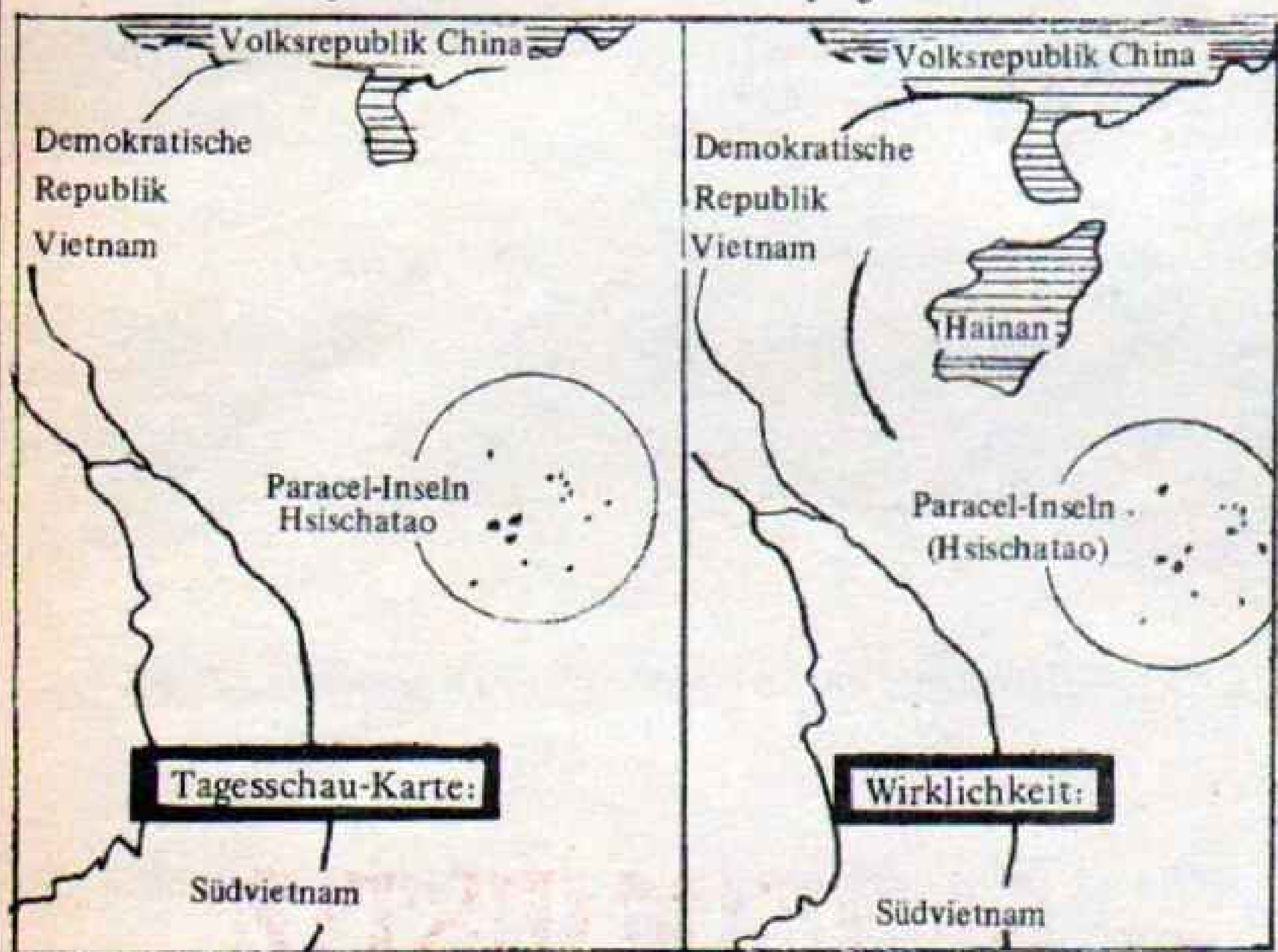
Seit Jahren versuchen die Saigoner Behörden, die chinesischen Inseln zu besetzen. Sie haben nicht nur über fünf Inseln dieser Inselgruppe rechtswidrig als ihr eigenes Territorium markiert und so vor aller Öffentlichkeit militärische Provokationen gegen China unternommen und chinesische Gebiete mit Waffengewalt besetzt, sondern weiten ihre Invasionsbestrebungen noch aus. Die Regierung und das Volk Chinas sind darüber flammend empört und protestieren energisch dagegen. Die Saigoner Behörden wandten während ihrer Invasion die Taktik "Haltet den Dieb" an. Dabei verbreiteten sie die Lüge, daß China völlig überraschend gegen ihre Souveränität über die Inselgruppe Einwände erhebe . Damit versuchten sie, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Ferner behaupteten sie sogar, Saigon besitze die volle Souveränität über die Inselgruppe und auf der San Francisco-Konferenz 1951 habe kein Staat gegen diesen Anspruch Einwand erhoben. **Wie allen bekannt, gehören diese Inseln seit alters her zum chinesischen Territorium. Das ist eine unbestrittene Tatsache.** Obwohl vor dem zweiten Weltkrieg einige Inseln eine Zeitlang von Frankreich und dann von Japan besetzt waren, wurde die Inselgruppe wie auch andere Inseln im Südchinesischen Meer, nach Beendigung des zweiten Weltkriegs von der damaligen chinesischen Regierung offiziell übernommen. **Zudem hat der damalige Außenminister der VR China, Tschou En-lai, schon am 17. August 1951 in seiner Erklärung über den Entwurf des USA-Friedensvertrages mit Japan und die San Francisco-Konferenz mit allem Ernst festgestellt, daß diese Inselgruppen seit jeher zum chinesischen Territorium gehören. Seitdem hat die chinesische Regierung diesen Standpunkt mehrmals bekräftigt. Jede Ausrede der Saigoner Behörden zur Besetzung chinesischer Gebiete ist absolut unhaltbar.**

China ist ein sozialistischer Staat. Es hat niemals anderer Länder Gebiete besetzt und wird es auch nicht zulassen, daß seine eigenen Gebiete von fremden Ländern besetzt werden. Um die territoriale Integrität und Souveränität ihres Landes zu wahren, sind die Regierung und das Volk Chinas berechtigt, alle notwendigen Aktionen zur Selbstverteidigung zu unternehmen. Das Außenministerium der VR China erklärte, daß die Personen der Gegenseite, die bei der Selbstverteidigung gefangen genommen wurden, zu einem angemessenen Zeitpunkt repatriiert werden.

Die Erklärung des Außenministeriums der VR China schließt mit den Worten: **"Die Saigoner Behörden müssen alle ihre militärischen Provokationen gegen China sofort einstellen und mit ihren illegalen Tätigkeiten zur Besetzung der chinesischen Gebiete aufhören. Andernfalls haben sie für alle sich daraus ergebenden Folgen die volle Verantwortung zu tragen".**

TAGESSCHAU UND WIRKLICHKEIT

Weil die Tagesschau die Zurückschlagung der Invasion der Saigoner Marionettentruppen auf den Paracelinseln durch die chinesische Volksbefreiungsarmee verfälschen wollte, ließ sie auf ihrer Landkarte die Insel Hainan (größer als Nordrhein-Westfalen) einfach weg. Diese Insel gehört zur VR China. Mit diesem üblen Trick versuchte die Tagesschau, eine möglichst große Entfernung zwischen der Volksrepublik China und den Paracelinseln vorzuspiegeln.



Europäischer Währungsblock -

Kampf um Macht und Profit

Am 18. Januar noch versicherten die französischen Imperialisten durch ihren Finanzminister, sie wollten im Europäischen Währungsblock verbleiben und keinen Währungskrieg entfachen. Nur einen Tag später erklärten die französischen Monopole dann ihren Austritt aus dem Währungsblock.

Im Währungsblock hatten sich mehrere europäische Mächte zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen das Diktat des US-Imperialismus im Währungssystem anzugehen. Bevor der Zusammenschluß zustandekam, suchte der US-Imperialismus gezielt gegen einzelne Währungen in Europa vorzugehen und die westeuropäischen Monopole gegeneinander auszuspielen.
Zwar fühlten sich die westeuropäischen Monopole in ihrem Währungsblock nicht stark genug, um den US-Dollar als Leitwährung überhaupt abzulehnen, aber sie beschlossen, gemeinsam gegenüber dem Dollar zu reagieren. Der Abstand der Währungen des Blocks sollten dabei in festgelegten Grenzen zueinander gehalten werden. Kam eine der Währungen der angeschlossenen Staaten an den unteren Punkt dieser Grenze, waren die Notenbanken der Staaten verpflichtet, durch Stützungskäufe den Kurs dieser Währung wieder in den Grenzbereich zu bringen.

Der Franc sank in den letzten Wochen im Verhältnis zur DM immer öfter an die untere Grenze. Gemäß dem Währungsabkommen kaufte die Deutsche Bundesbank am Devisenmarkt Franc gegen DM und stützte damit den Wechselkurs des Franc. Das gleiche tat die französische Zentralbank. Sie kauft Franc mit DM, die sie von der Bundesbank als Kredit bekam. **Die Befürchtung der französischen Monopole war es nun, sich immer stärker bei der Deutschen Bundesbank zu verschulden: zuletzt stand ein 3-Milliarden-Dollar-Kredit zur Diskussion.**

Die ständige Verschuldung hätte vor allem größere Abhängigkeit der französischen Monopole von Westdeutschland bedeutet. Deshalb lösten sie sich aus dem Währungsverträgen des Blocks, um den Franc abzuwerten.

Für die Imperialisten hat jedes Bündnis eben nur so lange Gültigkeit, wie es den eigenen imperialistischen Interessen dient. Das gilt für die französischen Imperialisten genauso wie für die westdeutschen, wie für die jeden anderen Landes.

Die Franc-Abwertung, die durch den Austritt aus dem Währungsblock möglich wurde, verschafft wiederum den französischen Monopolen Vorteile im Konkurrenzkampf mit den Monopolen Westdeutschlands: westdeutsche Exporte auf dem französischen Markt verteuern sich und französische Exporte nach Westdeutschland werden dadurch erleichtert.

Der Austritt der französischen Imperialisten aus dem Währungsblock offenbahrt den imperialistischen Charakter des europäischen Bündnisses, offenbahrt den Kampf um die Macht in einem künftigen "Vereinten Europa" - soweit es je zustande kommen wird.

Für die Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder wird ein "Vereinigtes Europa" keinen Fortschritt bedeuten, sondern Zusammenschluß der Reaktion. Denn darin sind sich die westeuropäischen Monopole einig: den Vormarsch der proletarischen Revolution gemeinsam zu unterdrücken und zu bekämpfen.

Nahost:

Truppenentflechtung Kein Weg zum Frieden

Die Ergebnisse der Genfer Konferenz bestätigen, daß diese Konferenz ein breit angelegtes Betrugsmanöver beider Supermächte ist: Das Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Truppen wird im Nahen Osten nicht den Frieden bringen, sondern die Situation "weder Krieg noch Frieden" wiederherstellen.



FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!

Solange arabisches Territorium von Zionisten besetzt gehalten wird, solange die legitimen Rechte der Palästinenser nicht verwirklicht werden, kann und wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben. Während die arabischen Völker durch ihren Befreiungskampf gegen die israelischen Aggressoren den Frieden im Nahen Osten wiederherstellen wollen, sind es die beiden Supermächte, die Unruhe dort stiften, die an der Situation "weder Krieg noch Frieden" festhalten. Denn in diesem Klima können sie am besten im Trüben fischen, ihre Zusammenarbeit und Rivalität ausweiten, um über den Nahen Osten und seine Bodenschätze zu herrschen.

Das Ziel, das die Supermächte in Genf verfolgten, war vor allem Zeit zu gewinnen. Zeit, in der die israelischen Aggressoren weiterhin die besetzten arabischen Gebiete mit sowjetischen Juden bevölkern und mit Terror die arabische Bevölkerung vertreiben können, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Ihr Ziel war es, UNO-Truppen auf Sinai fest zu stationieren, um so den Zionisten den Vorhof zu den besetzten Gebieten zu kehren. Und ihr Ziel war es, mit Drohungen einerseits und Friedensgeschwätz andererseits die arabische Einheit, die in den Tagen des Krieges Großes vermocht hat, zu spalten und zu schwächen.

Was die Supermächte aber nicht erreichen konnten war, die ägyptischen Truppen von den Stellungen auf der Insel Sinai aufs Westufer zu verdrängen. Denn das waren Tatsachen, die durch den bewaffneten Kampf der arabischen Völker geschaffen worden waren, das waren Tatsachen, die man nicht wegverhandeln kann.

Bereits der Kampf des vietnamesischen Volkes hat gezeigt: Verhandlungen und Versprechen der Imperialisten haben niemals den Frieden gebracht. Niemals haben die Imperialisten Wort gehalten, sondern stets die Abkommen und Verträge durchbrochen. Einzig, was auf dem Schlachtfeld gewonnen ist, kann man am Konferenztisch durchsetzen. Die Sprache der Gewehre allein verstehen die Imperialisten. Nur durch sie können sie überzeugt werden.

Vor den arabischen Völkern stehen große Schwierigkeiten. Die größten Feinde der arabischen Völker, die beiden Supermächte, tarnen sich als Friedensstifter und versuchen so Zwietracht in die Reihen des Kampfes hineinzubringen.

Aber von dem Drang getrieben, ihre gerechte Sache zu erkämpfen und die Heimat zu befreien, werden die arabischen Völker keine Ofper scheuen, die Schwierigkeiten überwinden und auch den gerechten Sieg davontragen.

Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation haben von Anbeginn der Genfer Konferenz betont, daß der bewaffnete Kampf gegen die israelischen Aggressoren konsequent fortgesetzt werden muß.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Mitbestimmen bei der Ausbeutung ?

Nach jahrelangen "harten Verhandlungen" zwischen Kapital, DGB und Regierung hat die Regierungskoalition jetzt ein Konzept über die Vermögensbildung und die paritätische Mitbestimmung vorgelegt. Danach sollen alle Arbeiter und Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 36.000 DM "Vermögen bilden", in allen größeren Betrieben sollen Kapitalisten und sogenannte Arbeitnehmervertreter zu gleichen Teilen im Aufsichtsrat sitzen. Mit einem Wort, im Frühjahr, wenn das Gesetz im Bundestag verabschiedet werden soll, ist Schluß mit dem Gegeneinander von Kapitalisten und Arbeitern. An ihre Stelle tritt das Miteinander von Anteilseignern und Aufsichtsräten. So will es das Kapital, so will es die Regierung, so will es der DGB.

Dieser Ruf nach der Volksgemeinschaft ist die Antwort der herrschenden Klasse auf die Kämpfe der Arbeiter im Sommer, in denen die Klassenwidersprüche mit bisher unbekannter Schärfe aufgebrochen sind. Und die Bourgeoisie weiß genau: kaum ein Arbeiter wird die weitere Verschlechterung seiner Lage durch die Krise kampflos hinnehmen. Die Widersprüche werden sich weiter verschärfen. Dabei wird sich auch die Frage nach dem Ausweg aus der kapitalistischen Krise für immer mehr Arbeiter stellen. Und für eine wachsende Zahl von ihnen wird die Antwort, die die KPD/ML gibt, die sozialistische Revolution, zum Kampfweg werden.

Die Bourgeoisie versucht diese Entwicklung aufzuhalten, indem sie die Angriffe auf die KPD/ML verstärkt und versucht, sie von den Arbeitern und anderen Werktätigen zu isolieren. Aber die Bourgeoisie möchte nicht nur die Kommunisten loswerden, ihr Wunschtraum ist es, den klassenbewußten Proleten abzuschaffen. Nichts anderes als der Versuch, dieses Unmögliche möglich zu machen, steckt auch hinter den beiden Reformen von Vermögensbildung und paritätischer Mitbestimmung.

Das alte Lied vom "Volkskapitalismus"

Mit Anteilscheinen über 212 DM soll in Zukunft jeder Arbeiter, jeder kleine Angestellte Teilhaber an einer Firma werden. Und von wem kommt der Segen? Von den ach so verschrieenen Kapitalisten. Und noch nicht einmal von der Steuer sollen sie das Geld absetzen können!

Was diese Herren natürlich nicht gerne hören wollen, ist, daß ihnen dieses Geld, daß sie angeblich so großzügig unters Volk streuen, ihnen nicht gehört. Es ist nichts als Beute aus der Arbeit des Proletariats, es ist vorenthaltener Lohn.

Und was hat der Arbeiter davon? Natürlich bekommt er die 212 DM nicht bar auf die Hand, Gott bewahre. Sondern in Anteilscheinen für zu gründende Betriebe, die unter dem Kommando von Banken und Sparkassen stehen sollen. Und als Ausgleich dafür, daß der Arbeiter noch nicht einmal diesen Spatzen in der Hand hat, entpuppt sich die Taube auf dem Dach als ein lächerlicher Piepmatz. Denn mit den 212 DM in jedem Jahr kann man nach 7 Jahren bei ansteigender Inflationsrate natürlich keine großen Sprünge mehr machen.

Moderne Revisionisten sollen den Weg bahnen zur faschistischen Arbeitsgemeinschaft

Noch mehr als von der Vermögensbildung versprechen sich die Kapitalisten von der paritätischen Mitbestimmung, um die Arbeiter weg vom Klassenkampf und hin zur Klassenzusammenarbeit zu bringen.

Nun ist die Mitbestimmung nicht neu für die Arbeiter. Es gibt sie bereits einige Jahre in der Montanindustrie. Und dort ist mit der Mitbestimmung keine einzige Entlassung, keine einzige Stillegung verhindert worden. Im Gegenteil. IGBE-Führer Schmidt hat stolz verkündet, daß mit Hilfe der Mitbestimmung die Entlassungen im Bergbau in der Hälfte der geplanten Zeit vorgenommen werden konnten.

Es sind die modernen Revisionisten von der D"K"P, die hier die entscheidende Vorarbeit für das Kapital leisten. Ihre Devise heißt: Mitbestimmung als Kampfposition auf dem Weg zum Sozialismus; Mitbestimmung mit revolutionärem Inhalt. Indem sie so tun, als käme es hauptsächlich darauf an, wie mans macht, versuchen sie die Erfahrungen, die die Arbeiterklasse bereits mit der Mitbestimmung gemacht hat, quasi als Unglücksfälle hinzustellen.

Aber es gibt keinen schrittweisen friedlichen Weg zum Sozialismus, keine Mitbestimmung als Kampfposition für die Arbeiter.

Mitbestimmung im Kapitalismus heißt an der Ausbeutung mitbestimmen. Bestimmen im Betrieb kann der Arbeiter erst, wenn ihm der Betrieb gehört und der Weg dahin geht über die Eroberung der politischen Macht, über den Sturz des imperialistischen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Niemals rücken die Kapitalisten freiwillig von ihrer Macht ab. Alles was sie tun, dient letztlich dazu, zu verhindern, daß ihnen diese Macht durch die proletarische Revolution entrissen wird. Auch die paritätische Mitbestimmung. Die Kapitalisten vertrauen dabei beileibe nicht nur darauf, daß die Arbeiter auf die Illusionen, die die modernen Revisionisten von der D"K"P verbreiten, vertrauen. Die Einführung der paritätischen Mitbestimmung per Gesetz geht noch über das arbeiterfeindliche BVG hinaus, welches die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Kapitalisten vorschreibt. Mit der Einführung des Mitbestimmungsgesetzes wird das aktive Eintreten für den Profit des Kapitals vorgeschrieben. Noch enger schließt sich damit der Dreibund von Kapital, DGB und Staatsapparat gegen die Arbeiter.

Das Mitbestimmungsgesetz steht so in einer Reihe mit der Beschwörung der "Tarifautonomie", die jede selbständige Kampfhandlung der Arbeiter illegalisieren will, in einer Reihe mit Polizei- und Justizterror gegen kämpfende Arbeiter, mit dem Ausschlußterror des DGB-Apparates gegen fortschrittliche und kommunistische Kollegen. Es ist ein Gesetz, daß bekämpft werden muß als ein weiterer Schritt der Faschisierung in unserem Land. Wenn die Revisionisten jetzt dazu aufrufen, für eine Verbesserung dieses Mitbestimmungskonzeptes der Regierung zu kämpfen, für ein "Besseres Mitbestimmungsgesetz", so machen sie sich damit zum Handlanger der weiteren Entrechtung der Arbeiterklasse.

BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNG DER ZECHE GENERAL BLUMENTHAL IN RECKLINGHAUSEN

10 Mark mehr pro Mann und Schicht

Betriebsrat und Betriebsleitung priesen das letzte Jahr nach dem Motto:"1973 war ein gutes Jahr - für alle Beteiligten!" Die Beweise: Weltrekord von einer täglichen Förderung von 7 700 t/24 Std. aus einem Streb. Steigerung der Förderleistung von 4 t auf 4,4 t pro Mann und Schicht usw. Der gemeinsame Tenor von Direktion und Betriebsrat war: Kumpels, ihr könnt stolz auf euch sein.

Nach diesen Arien auf die Klassenzusammenarbeit ergriff ein bekannter Genosse der KPD/ML das Wort. Er stellte klar, für wen 1973 ein gutes Jahr war: einzig und allein für die RAG-Herren. Unter großem Beifall der Kumpels (wie sogar die bürgerliche Presse vermerken musste) stellte er die Forderung für die anstehende Tarifrunde klar: 10 Mark mehr pro Mann und Schicht. Um zu verhindern, daß der Betriebsratvorsitzende ihn wie beim letzten Mal störte, nahm er ihm diesmal gleich zu Anfang das Mikrophon weg. Diese Maßnahme fand großen Beifall bei den Kumpels. Der Betriebsratsvorsitzende antwortete mit übler Hetze gegen die KPD/ML. Nach ihm ergriff ein Kumpel das Wort:"Es interessiert mich nicht, von welcher Organisation der Mann ist, was er sagt, hat Hand und Fuß. Die Zeiten sind vorbei wo der Kumpel sich seinen Steigern in gebückter Haltung nähern mußte . . . Der Genosse der KPD/ML ging noch einmal nach vorn und verlangte, der Betriebsrat solle eine ausgemauschelte Vereinbarung über ein neues Prämiensystem auf den Tisch legen. Nach einigem Hin- und Herwinden mußte der Betriebsratsvorsitzende unter dem Druck der Versammlung schließlich die Betriebsvereinbarung bekanntgeben.

Während der ganzen Versammlung waren die Revisionisten von der D'K'P kein einziges Mal aufgetreten. Ein Genosse der KPD/ML hatte einigen Funktionären von ihnen bereits erklärt, am nächsten Tag würde die KPD/ML den Kumpels den Unterschied zwischen der D'K'P und der KPD/ML klarmachen. Und die D'K'P-Revisionisten kniffen. Sie wagten nicht, offen gegen die KPD/ML aufzutreten und sich vor die Betriebsräte zu stellen.

IGM - Bonzen wollen Arbeitern Besuch von Veranstaltungen der KPD/ML verbieten

Auf der Veranstaltung der KPD/ML in Neumünster erschien neben vielen Freunden und Genossen auch ein ungebetener Gast: der örtliche IGM-Bonze Heinstorf. Da klar war, daß er aus keinem anderen Grund gekommen sein konnte, als auszuspionieren, welche Kollegen von AEG anwesend waren, flog er hinaus, kaum daß er auf seinem Stuhl saß.

Wenige Tage später erhielten die 5 AEG-Kollegen, die auf der Veranstaltung gewesen waren, einen Brief von der örtlichen IGM-Geschäftsstelle: sie seien auf einer geschlossenen Veranstaltung der KPD/ML gewesen, zu der nur Mitglieder Zutritt gehabt hätten. Wenn sie nicht nach dem Beiratsbeschluß der IGM ausgeschlossen werden wollten, müßten sie sich von den Kommunisten distanzieren.

Die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. 4 von ihnen antworteten in einem offenen Brief. Sie stellten klar, daß es sich um eine öffentliche Veranstaltung gehandelt habe. Allerdings kann auch zu öffentlichen Veranstaltungen niemand Zutritt haben, der nur kommt, um gegen fortschrittliche Kollegen vorzugehen. Die Kollegen betonten, daß sie sich nicht von den Kommunisten distanzieren werden und auch nicht unterschreiben, daß sie nicht für sie tätig sein werden.

Die KPD/ML in Neumünster hat an der Seite der Kollegen entschlossen den Kampf aufgenommen gegen diesen unverschämten Versuch, Arbeitern den Besuch von Veranstaltungen der KPD/ML zu verbieten, gegen die politische Unterdrückung durch den DGB-Apparat. Erste Spenden wurden gesammelt. Eine Veranstaltung fand statt. Und die Betriebszeitung der KPD/ML bei AEG-Neumünster, wo die 5 Kollegen arbeiten, rief zur Unterstützung der Kollegen und ihres Kampfes gegen den Ausschlußterror des DGB auf.



Die D'K'P - Treue Stütze des kapitalistischen Ausbeutersystems

Die Genossen der Mannesmann-Betriebszelle der KPD/ML haben zurecht an dem Artikel zum Mannesmann-Prozeß in der letzten Ausgabe des RM kritisiert, daß die Rolle der D'K'P-Revisionisten nicht korrekt angegriffen wird. Um dies zu berichtigen, drucken wir einen Artikel aus der Mannesmann-betriebszeitung "Der Röhrenkieker" ab, in dem richtig die Haltung der modernen Revisionisten zum Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg entlarvt wird.

Die D"K"P brachte zu den Urteilen im ersten Durchgang des Arbeitsgerichtsprozesses ein Extrablatt ihrer Betriebszeitung "Roter Punkt" heraus. Dieses Flugblatt ist ein typisches Beispiel für den schändlichen Verrat, den die D"K"P-Führer am Kampf der Arbeiterklasse begangen haben.

Der Arbeitsgerichtsprozeß und das Urteil bedeuten klar und eindeutig, daß Streiks rechtlich als illegale Aktion eingestuft werden. Das läuft letztlich auf die völlige Zerschlagung des Streikrechts hinaus. Nimmt die D"K"P in besagtem Flugblatt gegen diesen faschistischen Angriff auf eines der elementarsten Rechte der Arbeiter Stellung? Nicht im geringsten! Stattdessen lamentieren sie: "Entlastungszeugen wurden nicht gehört", und "Das Gericht stützt sich unbesehen auf fragwürdige Aussagen leitender Angestellter".

Das bedeutet doch nichts anderes, als daß die Kollegen nach Vorstellung der D"K"P vor dem Arbeitsgericht hätten beweisen sollen, daß sie gar nicht streiken wollten. Mit anderen Worten: die entlassenen Arbeiter hätten vor den vom Kapital ausgehaltenen Richtern um Gnade flehen sollen. Es kann einem übel werden, wenn man sieht, daß Leute, die sich als Kommunisten bezeichnen, die Arbeiter zum Kniefall vor ihren Unterdrückern auffordern. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß sich darüber klar sein: Die D"K"P ist eine Partei, die keine andere Aufgabe erfüllt, als die Arbeiterklasse zur Sklavenmentalität, zur Unterwerfung unter das Regime der Lohnsklaverei zu erziehen".

Kommunistischer Lehrer von Entlassung bedroht

WEIL ER GEGEN DIE ENTLASSUNG VON HUNDERT KOLLEGEN KÄMPFTE

Meldorf/Dithmarschen: Mehr als 100 Kollegen setzt die Fensterbaufirma ALDRA auf die Straße, weitere Massenentlassungen werden angekündigt. In einem gemeinsamen Flugblatt rufen KPD/ML und ROTE GARDE die Belegschaft von ALDRA zum Kampf auf, entlarven sie die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung. Unterschrieben ist das Flugblatt von Peter Eisele, Sympathisant der Partei und Realschullehreranwärter.

Wenige Tage später: Drei ALDRA-Direktoren erscheinen bei Genossen Peter zu Hause, um "mal beim Bier vertraulich über die Sache zu reden". Genosse Peter wirft sie raus.

Die Herren Direktoren geben die Sache weiter: An den "Unternehmensverband Westküste" und das Kultusministerium. Beide rufen zu einer gemeinsamen Veranstaltung auf, die keinen anderen Zweck hat, als gegen die Partei zu hetzen und die Entlassung von Genossen Peter aus dem Schuldienst zu fordern. Kultusminister Braun auf dieser Veranstaltung: "Es ist unmöglich, daß ein Mitglied der KPD/ML Kinder unterrichtet".

Der Landesverband Wasserkante der Partei hat den Kampf gegen die geplante Entlassung von Genossen Peter aufgenommen. "Die KPD/ML wird auch in Zukunft sowohl den Kampf Peter Eiseles als auch den Kampf der Belegschaft der ALDRA-Werke mit aller Energie unterstützen" heißt es in der Presseerklärung des LV.

Freiheit für N.Oßwald und M.Schulte

Hände weg von der KPD/ML !

Im Prozeß gegen Norbert Oßwald und Michael Schulte, der am 22.2.1974 vor dem Landgericht Dortmund beginnt, versucht die Bourgeoisie einen hinterhältigen Vorstoß gegen unsere Partei: Sie will die KPD/ML zur "Kriminellen Vereinigung" abstempeln. Der § 129, auf den sie sich dabei stützt, stammt noch aus Bismarcks Zeiten und wurde eigens gegen Kommunisten erlassen. Noch niemals wurden Kriminelle nach diesem Paragraphen als "Kriminelle Vereinigung" verboten.

So kam die Anklageschrift gegen N. Oßwald und M. Schulte zustande. 300 Anzeigen sammelte die Klassenjustiz gegen die beiden, solange sie verantwortliche Redakteure von Flugblättern und Betriebszeitungen der Gruppe Rote Fahne Bochum, die sich unberechtigterweise KPD/ML nannte, waren. Aus 300 Anzeigen wegen "Beleidigung, übler Nachrede, Verunglimpfung der Verfassung", usw. wird eine Anklageschrift wegen "krimineller Vereinigung". Denn, so folgert die Klassenjustiz: Die beiden haben 300 Verbrechen begangen, die alle auf der gleichen Grundlage beruhen, nämlich ihrer "allgemeinen Feindschaft" gegen die Kapitalisten. Deshalb dient jede Organisation, der sie angehören, deshalb dient jede revolutionäre Organisation, vorrangig aber die KPD/ML, überhaupt nur einem "kriminellen Zweck" und muß verboten werden.

Das Beispiel Oßwald/Schulte zeigt: Jeden Prozeß gegen Genossen, und sei es nur eine "scheinbar kleine" Sache, Beleidigung, Plakatieren oder ähnliches, wendet die Klassenjustiz gegen die Partei. Jeder Strafbefehl dient ihr dazu, die Partei zu kriminalisieren. Deshalb darf es niemals ein Zurückweichen vor der Justiz der Bourgeoisie geben, weil eine Anklage "nicht schwerwiegend" ist!

Noch 1956, beim Verbot der KPD, erklärte das Verfassungsgericht: "Der Marxismus-Leninismus ist verfassungsfeindlich, deshalb wird jede Partei verboten, die sich auf diese Lehre stützt". Heute, wo der wissenschaftliche Sozialismus immer mehr Ansehen in der Arbeiterbewegung gewinnt, greift die Bourgeoisie mit dem Verbot revolutionärer Agitation und Propaganda - nichts anderes stellt die Anklageschrift gegen Oßwald/Schulte dar - auf dieses KPD/Verbot zurück. Gleichzeitig aber versucht sie, ihr Schoßkind D"K"P zur marxistisch-leninistischen Partei' hochzujubeln. Deshalb will sie vermeiden, die KPD/ML, die legitime Nachfolgerin der revolutionären KPD, als "kommunistische Partei" vor dem Verfassungsgericht verbieten zu lassen. Viel lieber würde sie unsere Partei als "Kriminellenbande" in die Illegalität drängen.

Mit dem Prozeß gegen Oßwald/Schulte macht sie den Anfang. Weitere Prozesse wegen § 129 laufen gegen einzelne Genossen und Organisationen der Partei, etwa der ROTEN GARDE, Bielefeld. Seit 9 Monaten ermittelt der Bundesanwalt gegen die Partei wegen § 129.

Unter der Parole: "Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda" und "Hände weg von der KPD/ML!" hat die Partei den Kampf gegen diese unverschämte Kriminalisierungstaktik aufgenommen. Es ist unsere Pflicht, um jeden Fußbreit Legalität zu kämpfen. Die Beteiligung der KPD/ML an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg wird es dem Klassenfeind ebenfalls erschweren, unsere Partei als "Kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Der Kampf um die Freiheit von Norbert Oßwald und Michael Schulte, den wir heute führen, ist eine wichtige Front im Kampf gegen die Kriminalisierungsversuche der Bourgeoisie.

Bürgerschaftswahl in Hamburg

"Jetzt sind sie in der Zwickmühle !"

"Sehr geehrter Herr Aust!

....Gemäß § 4 Abs. 1 Parteiengesetz muß sich der Name einer Partei von dem Namen einer bereits bestehenden Partei deutlich unterscheiden. In diesem Zusammenhang weise ich Sie darauf hin, daß bei mir bereits die "Deutsche Kommunistische Partei - DKP" seit dem 22. Mai 1969 registriert ist. Ich vertrete zwar die Auffassung, daß die Aufnahme einer Partei in das Verzeichnis keinen besonderen Rechtsschutz für den Namen einer Partei verbürgt. Wenn sich aber politische Vereinigungen mit gleichen oder sehr ähnlichen Namen anmelden, die zu Verwechselungen führen könnten, sehe ich mich veranlaßt, die betroffenen Vereinigungen darauf aufmerksam zu machen, damit sie gegebenenfalls aufgrund § 12 BGB dagegen angehen können. Die DKP ist von mir mit Durchschrift dieses Schreibens unterrichtet worden...".

So heißt es im Schreiben des Bundeswahlleiters, bei dem sich unsere Partei zur Teilnahme an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg angemeldet hat, an Genossen Ernst Aust. Die Absicht ist unverkennbar: Der Bundeswahlleiter fordert die D"K"P auf - ein Durchschlag des Briefes wurde ihr eigens dazu geschickt - das "Recht auf Gebrauch des Namens" (§ 12 BGB) gerichtlich zu bestreiten. Die KPD/ML soll sich nicht mehr "Kommunistische Partei Deutschlands" nennen dürfen.

Wie sagte Genosse Ernst Aust in einer Wahlrede? "Jetzt nehmen wir sie in die Zwickmühle!" Denn wie auch immer die Bourgeoisie sich entscheidet - sie muß vor den Massen Farbe bekennen:

Verbietet sie die Teilnahme unserer Partei an den Bürgerschaftswahlen, so muß sie erklären, wieso zwar die KPD/ML ausgeschlossen, wohl aber die D"K"P zugelassen wird. Das dürfte für den Bundeswahlausschuß ein saures Stück Arbeit werden: Zu begründen, warum eine kommunistische Partei verboten, eine andere aber, die sich 'kommunistisch' nennt, erlaubt wird.

Oder aber die KPD/ML wird zu den Wahlen zugelassen. Dann aber kann die Bourgeoisie uns nicht mehr als 'kriminelle Vereinigung' verbieten. Dann geht der einzige Weg zum Verbot unserer Partei - über das Verfassungsgericht, als 'Nachfolgeorganisation der KPD'. "Wenn wir aber die Nachfolgeorganisation sind", sagte Genosse Ernst Aust in seiner Rede, "dann ist die D"K"P ja niemals mehr die Nachfolgeorganisation. Das ist für Arbeiter auch interessant.

Der Klassenfeind hat diesen Widerspruch ganz klar erkannt, der Brief des Bundeswahlleiters beweist es. Er dreht und windet sich, möchte keine klare Erklärung abgeben und hielte sich am liebsten ganz aus der Sache raus. Und so befiehlt die Bourgeoisie ihren D"K"P-Agenten: Verklagt sie wegen 'Mißbrauchs des Namens KPD'.

Das freilich sollen die Arbeiterverräter der D"K"P-Führung nur wagen! Mit handfesten Beweisen werden wir zeigen, wer hier den Namen 'KPD' mißbraucht! Nicht die KPD/ML, die die revolutionäre Linie des Marxismus-Leninismus hochhält, sondern die Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung, die Modernen Revisionisten der D"K"P.

Und dem Herrn Bundeswahlleiter können wir versichern: Sorgen um eine 'Verwechselung' braucht er sich nicht zu machen! Den Wahlkampf in Hamburg wird unsere Partei so führen, daß eine 'Verwechselung' zwischen KPD/ML und D"K"P gar nicht möglich ist! Jeder klassenbewußte Hamburger Arbeiter soll erkennen, daß nur eine Partei in Westdeutschland und Westberlin den Namen 'Kommunistische Partei' verdient: Die KPD/ML, daß aber die Führer und Häuptlinge der D"K"P nichts weiter sind als elende Verräter an der sozialistischen Revolution!.

SOGAR GEGEN URTEIL BÜRGERLICHER SACHVERSTÄNDIGER

1 Jahr Gefängnis in Münchener Antikriegstag - Prozeß

Eines der schändlichsten Urteile gegen Demonstranten des Roten Antikriegstag 72 hat die Klassenjustiz in München gesprochen:"Im Namen des Volkes" soll Klaus Stahl ein Jahr lang ins Gefängnis.

Sein Meister im Betrieb denunzierte ihn auf Grund von Fotos in der Zeitung bei der Polizei und zeigte ihn an. **Wie unverschämt dieser Lakai des Kapitals gelogen hatte, zeigte sich bei der Gerichtsverhandlung: Auf zwei verschiedenen Fotos "identifizierte" er Klaus Stahl und tippte zweimal auf völlig verschiedene Personen. Obwohl ihm diese Lüge nachgewiesen wurde, obwohl die Mutter von Klaus und ein Sachverständiger bestätigten,daß es sich auf den Fotos nicht um Klaus handeln könne, und keine anderen Beweise vorlagen, forderte der Staatsanwalt 18 Monate Gefängnis. Das Gericht fand die Wahrheit der Kapitalistenklasse: Ein Kommunist gehört ins Gefängnis. Klaus Stahl erhielt 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung**

FREISPRUCH FÜR KLAUS KERCHER!

Weil er, wie Klaus Stahl, während der Olympiade in München gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte, steht am 5.2. in München Genosse Klaus Kercher aus Reuthlingen vor Gericht. Wegen "besonders schwerem Widerstand,schwerem Landfriedensbruch und Körperverletzung" soll er verurteilt werden. **Diese Anklage ist ein Hohn! Sie zeigt, wie die Klassenjustiz ihre Anzeigen gegen Kommunisten und konsequente Antimilitaristen zusammenbasteln. Denn ausgerechnet Klaus Kercher, dem von Polizisten ein Arm ausgekugelt und dann mehrere Stunden im Untersuchungsgefängnis jede ärztliche Hilfe verweigert wurde, steht wegen "Körperverletzung" vor Gericht!**

"Wir können der Bourgeoisie einen Strich durch die Rechnung machen, wenn wir sie unmißverständlich mit der Solidarität aller revolutionären und fortschrittlichen Menschen für die Freiheit aller politischen Gefangenen konfrontieren", haben Genossen aus Reuthlingen zu diesem Prozeß an den ROTEN MORGEN geschrieben. **Diese Solidarität ist unsere Waffe! Protestiert gegen das unverschämte Urteil gegen Klaus Stahl! Fordert in Protesterklärungen und durch Unterschriftensammlungen:**

FREIHEIT FÜR KLAUS KERCHER

Adresse: Klaus Kercher
741 Reuthlingen
Eulenweg 9

Fortsetzung von Seite

Geheimjustiz...

Am 23.10.72 veröffentlichte der ROTE MORGEN unter dem Titel "Auch Geiseln von Polizei erschossen" einen Artikel zur Ermordung von arabischen Guerillas und israelischen Geiseln auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck durch deutsche Polizisten und Grenzschutzsoldaten. Dabei stützte sich der ROTE MORGEN auf ballistische Untersuchungen der Polizei, in denen festgestellt wurde, daß die Einschußbahnen in den Körpern der Toten übereinstimmten mit den Geschoßbahnen der Polizeikugeln. Diese Tatsachen hatten bereits bürgerliche Zeitungen veröffentlicht. Ihre Veröffentlichung im ROTEN MORGEN jedoch war für die Klassenjustiz "üble Nachrede". Genosse Ernst Aust, damals noch verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN, erhielt einen Strafbefehl über 5400,-DM.

Dieser Strafbefehl war der erste Versuch der Klassenjustiz, Geheimjustiz gegen Genossen Ernst Aust zu üben. Da sie einen Prozeß gegen den Vorsitzenden unserer Partei fürchtete wie der Teufel das Weihwasser, da sie aus Erfahrung weiß, daß ihr in einem solchen Prozeß eine Niederlage gewiß ist, erhob sie nicht Anklage, wie in solchen Fällen üblich, sondern versuchte, sich mit der Verschickung eines Strafbefehls vor einer öffentlichen Gerichtsverhandlung zu drücken.

Genosse Ernst Aust erhob gegen den Strafbefehl Widerspruch. Die Justiz mußte einen Verhandlungstermin benennen. Vorsorglich wurde das Gerichtsgebäude in Würzburg mit Absperrgittern eingezäunt, traten Polizisten mit Hunden an, um jeden Widerstand gegen diesen Angriff auf die Pressefreiheit, auf die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda niederzuschlagen.

Wegen einer Herz - und Kreis-Kreislauferkrankung war Genosse Ernst Aust, der in Hamburg lebt, zum vorgesehenen Verhandlungstermin jedoch nicht reise- und verhandlungsfähig. Rechtzeitig sandte er dem Gericht deshalb das Attest seines Hausarztes zu.

Statt einen neuen Gerichtstermin anzusetzen, setzte die Klassenjustiz alle Hebel in Bewegung, um den Prozeß gegen Genossen Ernst Aust in aller Stille durchzuziehen. Am 21.1. traf das Attest frühmorgens beim Gericht ein. Am gleichen Nachmittag erschien ein Gerichtsarzt in Begleitung eines Polizisten bei Genossen Ernst Aust in Hamburg in der Wohnung, um ihn zwangsweise zu untersuchen. Wie diese Untersuchung aussah, kann man sich denken: Puls fühlen und Blutdruck messen. Ohne Genossen Ernst Aust davon ein einziges Wort zu sagen, schrieb dieser Büttel der Klassenjustiz ihn reise- und verhandlungsfähig. Selbst der Staatsanwalt in Würzburg gab in der Verhandlung unverfroren zu, daß Ernst von dieser "Diagnose" kein Wort erfahren hatte. Trotzdem verurteilte ihn das Gericht in Abwesenheit zu 5 400 DM Strafe!

Dieses heimliche Schnellverfahren erinnert nur zu deutlich an die nichtöffentliche Terrorjustiz faschistischer Regime. Es ist ein neuer Anschlag auf die Rechte des Volkes! Dieses Urteil muß zurückgenommen werden!

FREISPRUCH FÜR ERNST AUST! STOPPT DEN TERROR VON JUSTIZ UND POLIZEI !
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA !

Roter Punkt - Prozeß in Mannheim

Am 6. Februar steht in Mannheim Genosse Ralf S. vor Gericht, weil er in einem Flugblatt der Partei die Mannheimer Bevölkerung angeblich zu "strafbaren Handlungen" aufgerufen hat. Damals demonstrierten und protestierten mehr als 23.000 Mannheimer gegen die unverschämten Fahrpreiserhöhungen.

Gegen diesen Prozeß protestierte die Vollversammlung der Universität Marburg am 11.12.1973 in einer Resolution.

DEMONSTRATION gegen politische Unterdrückung: Samstag, 2. Februar 1974, 11.oo Uhr Neumarkt, 13.oo Uhr Paradeplatz.

Veranstaltung: Samstag, 2. Februar 19.3o Uhr, Gaststätte "Stadt Widdern.

MÜNCHEN: Am Freitag, den **1.2. zum Prozeß gegen Werner Lukas. Genosse Werner ist angeklagt wegen der "Billigung von Mord, Geiselnahme und Luftpiraterie". Er hatte Flugblätter der KPD/ML unterzeichnet. In einem Flugblatt wird schärfstens protestiert gegen die Ermordung von 15 arabischen Guerillas am 5.9.72 – verantwortlich dafür die Münchner Polizei. Billigung von Geiselnahme und Luftpiraterie wird ihm vorgeworfen wegen eines Flugblatts zur Flugzeugentführung vom 29. 10. 72, die eine Protestaktion gegen die Morde in Fürstenfeldbruck und eine Aktion zur Rettung der drei überlebenden Palästinenser war.**

Der Prozeß beginnt um 8.30 Uhr, Amtsgericht Pacellistr.

MÜNCHEN: Am Dienstag, den 5.2., steht in der Reihe der Antikriegstagsprozesse der Genosse Rainer Jung vor den Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz. Prozeßbeginn: 8.30 Uhr, Justizpalast am Stachus.

Spendet für politisch Verfolgte auf das Konto von Karin Sandmann. 46 Dortmund, Dresdener Bank, Konto Nr. 81 355 105

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !



Die OSO (illegale, revolutionäre Gewerkschaftsorganisation) verteilt Flugblätter vor einem Betrieb in Spanien. An der Mauer steht: Nieder mit dem Faschismus! PCE/ML (Kommunistische Partei Spaniens / Marxisten-Leninisten).

SPANIEN

Kein Tag vergeht ohne Kampf !

Während das faschistische Franco-Regime immer mehr verfault, nehmen die revolutionären Kämpfe der Völker Spaniens an Ausmaß zu. Ausdruck dieses Anwachsens ist die Gründung der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front FRAP und die von ihr verwirklichte einheitliche Führung des revolutionären Kampfes gegen Franco-Faschismus und US-Imperialismus auf der Grundlage des Sechs-Punkte-Programms, das sich im wesentlichen auf das Programm der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, PCE/ML, stützt.

Es vergeht kein Tag ohne Streiks oder Demonstrationen in verschiedenen Teilen Spaniens. Auch die studentische Jugend ist ein wichtiger Faktor dieses Kampfes. Nach machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen der Studenten gegen Franco-Faschismus und US-Imperialismus schloß die Polizei die Universitäten von Valladolid und Oviedo. Die Antwort darauf waren Demonstrationen von Studenten und Werktätigen in Barcelona und Bilbao.

Der Widerstand gegen Franco-Faschismus und US-Imperialismus reicht inzwischen bis in vermeintlich loyale Schichten der Bevölkerung. In Pamplona wurden fünf Stadträte ihrer Ämter enthoben, nachdem sie sich geweigert hatten, am Trauergottesdienst für Carrero Blanco, den Hauptverantwortlichen für den Tod Zehntausender von Antifaschisten und Patrioten, teilzunehmen.

Eine wichtige Aufgabe, vor die sich PCE/ML und FRAP im Rahmen des revolutionären Kampfes gegen Franco-Faschismus und US-Imperialismus gestellt sehen, ist die Mobilisierung der breiten Massen von Arbeitern, Bauern, Studenten und anderen Werktätigen für den revolutionären Generalstreik gegen die Wiedereinführung der Monarchie. Mit der Einsetzung des degenerierten Bourbonen-Prinzen Juan Carlos als König von Spanien möchten Reaktion und US-Imperialismus nach Francos Tod den Franco-Faschismus ohne Franco für alle Zeiten verewigen. **Als Antwort auf diesen üblen Trick soll der revolutionäre Generalstreik in ganz Spanien den tiefen Abscheu der Völker Spaniens vor der Monarchie, der Reaktion, dem Franco-Faschismus und dem US-Imperialismus vor der Weltöffentlichkeit zum Ausdruck bringen und die Massen noch enger um die PCE/ML und die FRAP scharen, um im revolutionären Volkskrieg den Franco-Faschismus zu zerschlagen, die US-Imperialisten zu verjagen und die Förderative Volksrepublik Spanien zu errichten.**

Inzwischen versuchen die Franco-Faschisten in enger Zusammenarbeit mit den französischen Imperialisten die Verfolgung der spanischen Antifaschisten und Patrioten auf Frankreich auszudehnen. Die französischen Imperialisten haben dem Madriter Regime zugesagt, daß sie "verdächtige" Spanier ausliefern werden. Andere spanischen Emigranten wurden aus Südfrankreich nach dem Norden deportiert und unter Polizeiaufsicht gestellt. Dagegen haben in Bayonne und anderen französischen Städten hunderte von Basken, Spaniern und Franzosen mit Demonstrationen protestiert.

Franco-Faschismus und US-Imperialismus werden unterliegen, die Völker Spaniens werden siegen!

Für Solidarität mit Spanien - gegen die Spalterpolitik der GRF

Der wachsende faschistische Terror in Spanien hat überall in der Welt große Empörung ausgelöst. Auch in der Bundesrepublik wächst die Solidarität mit dem spanischen Volk. Es ist die internationalistische Pflicht eines jeden Marxisten-Leninisten, diese Bewegung noch besser zu organisieren und voranzutreiben. Aus diesem Grund unterstützt unsere Partei die deutsch-spanische Freundschaftsgesellschaft.

Für die Führer der Gruppe Rote Fahne und neorevisionistische Zirkel wie den "K"BW allerdings ist diese wachsende Solidaritätsbewegung ein willkommener Anlaß, auch hier die Spalterpolitik zu betreiben.

Während sie die Führerin der spanischen Arbeiterklasse, die PCE/ML, beschimpfen, die spanische Volksfront FRAP und die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation OSO systematisch totschweigen, propagieren sie revisionistische Organisationen wie die "~~Commissi~~ones obreras" oder Spaltergruppen wie das "Comite de Solidarida y lucha", eine reine Emigrantenorganisation. Zu einer Veranstaltung in Dortmund, wo die GRF und der "K"BW angeblich über "konkrete Maßnahmen zur Unterstützung des spanischen Freiheitskampfes" diskutieren wollten, wurde die FRAP nicht einmal eingeladen. Redebeiträge von FRAP-Genossen wurden einfach unvollständig übersetzt. Das war nichts weiter als ein Versuch, die korrekte Arbeit der Deutsch-spanischen Freundschaftsgesellschaft" zu sabotieren und damit die Solidaritätsbewegung in der DBR zu spalten. Dazu gehört auch, daß die GRF behauptet - wie in einem Berliner Flugblatt - die "Commissiones"breras" stünden an der Spitze des spanischen Freiheitskampfes.

Tatsache aber ist, daß durch die unermüdliche Arbeit der spanischen Marxisten-Leninisten die Modernen Revisionisten vom Schlage der "Commissiones" immer mehr entlarvt werden. So schlossen sich 100.000 Bauarbeiter einem Streikaufruf der OSO an, während unter der "Führung" der Commissiones niemand den Kampf aufnehmen wollte. Auch die üblen Spaltungsmanöver der GRF werden nichts ändern daran, daß das spanische Volk nur unter der Führung seiner Partei, der PCE/ML, zusammengeschlossen in der FRAP, über Faschismus und Yankee-Imperialismus siegen kann!

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens grüßt die KPD/ML und das deutsche Proletariat !

An das

Zentralkomitee der KPD/ML

Dortmund

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens dankt Ihnen herzlichst für die brüderlichen Glückwünsche, die Sie zum 65. Geburtstag des Genossen Enver Hoxha im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands/M-L übermittelten. Wir benutzen die Gelegenheit, um der Kommunistischen Partei Deutschlands/M-L und allen deutschen Revolutionären und Arbeitern weitere Erfolge in ihrem Kampf für die Sache des Sozialismus in Deutschland zu wünschen.

Das Zentralkomitee der

Partei der Arbeit Albaniens

Tirana, den 31. Oktober 1973

Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und des albanischen Volkes danken wir für die Glückwünsche und die herzlichen Worte, die Sie uns anläßlich des 28. Gründungstages der Volksrepublik Albanien übermittelten. Wir benutzen die Gelegenheit, um Ihrer Kommunistischen Partei /Marxisten-Leninisten und dem deutschen Brudervolk weitere noch größere Erfolge im Kampf für die Sache der Revolution und des Sozialismus in Deutschland zu wünschen.

Das Zentralkomitee der

Partei der Arbeit Albaniens

Tirana , den 24.1. 74

Wir grüssen den Kommunistischen Jugendverband Italiens/ML !

Im Dezember 1966 wurde die "Unione della Gioventu Comunista d'Italia (m-l)", die Jugendorganisation der PCd'I/ML, unserer italienischen Bruderpartei, im harten Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, Militarismus, faschistische Reaktion und modernen Revisionismus gegründet.

gioventù comunista

ORGANO CENTRALE DELL'UNIONE DELLA GIOVENTU' COMUNISTA D'ITALIA (MARXISTA-LENINISTA)

Zentralorgan der
Unione della Gioventu Communista d'Italia (m-l)

Die Lebens- und Kampfbedingungen der italienischen Jugend sind sehr hart: Kinderarbeit, ständige Massenarbeitslosigkeit in Süditalien und damit verbundene Auswanderung als "Gastarbeiter" ins Ausland, bestialische Arbeitshetze und ständig drohende Arbeitslosigkeit im Norden, Verschlechterung der Lernbedingungen in Schulen und Universitäten, brutale Ausbeutung der Lehrlinge, Verminderung der Studienplätze, Bespitzelung und politische Unterdrückung in allen Bereichen des Lebens. Zugleich baut der kapitalistische Staat seinen Unterdrückungsapparat aus, verstärkt er Polizei und Militär, vermehrt die Gefängnisplätze, erläßt Gesetze zur Verschärfung der Faschisierung des Staates und zieht sich als Hilfstruppe eine reaktionäre faschistische Partei mit paramilitärisch ausgebildeten Schlägerbanden heran. **Eine starke Stütze sind für ihn die modernen Revisionisten von der KPI, die die Idee der Revolution verraten haben, die Tageskämpfe der Massen in legale, reformistische Bahnen zu lenken versuchen, wo sie der Bourgeoisie keinen Schaden antun, und sich hartnäckig um den Eintritt in die kapitalistische Regierung bemühen.**

Gegen diese kapitalistische Fäulnis hat die Jugend Italiens einen erbitterten Kampf aufgenommen. Der Kommunistische Jugendverband Italiens/ML steht in diesen Kämpfen der Jugend an vorderster Front, mobilisiert die Jugend und organisiert ihre Aktionen. Dadurch entwickelt und festigt er das revolutionäre Bewußtsein der Jugend.

Vor kurzem hielt er seinen 2. Kongress ab. Unter der Führung der italienischen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der PCd'I/ML, wird er den Kampf der Jugend gegen Kapitalismus und Imperialismus, Militarismus, faschistische Reaktion und modernen Revisionismus weiter entfalten und verschärfen.

Deutschland dem deutschen Volk!

Zur Erklärung des ZKs der KPD ML zur nationalen Frage

Die westdeutschen Imperialisten reden von Wiedervereinigung und sie meinen die militärische Rückeroberung der DDR. Die Bonner Regierung begründet ihre Weigerung, die DDR staatlich anzuerkennen, mit der Notwendigkeit, die "Einheit der Nation zu wahren", aber was hier im nationalen Gewand über die Bonner Bühne poltert sind in Wirklichkeit die aufgeschobenen, aber nicht aufgehobenen revanchistischen Pläne der Monopolbourgeoisie. Diejenigen, die heute so inbrünstig die "nationale Einheit" beschwören, haben nach dem zweiten Weltkrieg keinen Augenblick gezögert, gemeinsam mit dem US-Imperialismus gegen den Widerstand des deutschen Volkes die Spaltung der Nation zu betreiben, weil es ihnen in den Kram ihrer imperialistischen Interessen paßte. Auf der anderen Seite aber wünscht die deutsche Arbeiterklasse, wünscht das gesamte werktätige Volk in Westdeutschland und in der DDR zutiefst die Einheit der deutschen Nation. In seiner Erklärung zur nationalen Frage "Deutschland dem deutschen Volk!" analysiert das Zentralkomitee unserer Partei die grundlegenden Besonderheiten der nationalen Frage in Deutschland. "Die Besonderheit, die die deutsche Bundesrepublik, die DBR, wie auch die Deutsche Demokratische Republik, die DDR, gemeinsam haben,... ist die willkürlich herbeigeführte Teilung Deutschlands in zwei Staaten einer Nation; ist die Besetzung dieser beiden Staaten durch die Truppen ausländischer imperialistischer Mächte und ihre Bindung an verschiedene, aggressive, militärische Bündnissysteme, die unter der Oberhoheit der US-Imperialisten stehende NATO und den von dem sowjetischen Imperialismus beherrschten Warschauer Pakt; ist die ungelöste Frage unserer, der deutschen Nation. Wie im Weltmaßstab, so rivalisieren und kollaborieren die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten auch in der deutschen Frage gegen- und miteinander, wobei sie sich der jeweiligen deutschen Regierung in ihrem Bereich als Komplize und Handlanger (DBR) oder Vasallen (DDR) bedienen. Während sie einerseits die Teilung Deutschlands am liebsten bis auf den St. Nimmerleinstag aufrechterhalten möchten - nichts fürchten sie mehr als ein einiges, unabhängiges, vor allem sozialistisches Deutschland - versuchen sie andererseits, den jeweils anderen Teil Deutschlands in ihren Machtbereich einzubeziehen. Ist heute Europa ein wichtiges Objekt im Kampf zwischen den beiden Supermächten, so trifft dies auf Deutschland erst recht zu". Das ZK unserer Partei kommt in der weiteren Analyse zu dem Schluß, daß die Frage der Einheit unserer Nation untrennbar mit der Frage der proletarischen Revolution verbunden ist, weil die Einheit Deutschlands nur in einem sozialistischen Deutschland möglich ist. Im Kampf für seine soziale Befreiung kann und wird das deutsche Proletariat auch die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands erringen. Dieser Sieg aber wird nur möglich sein, wenn das deutsche Proletariat und die mit ihm verbündeten Volksschichten im Geiste des proletarischen Internationalismus fest an die Seite der unterdrückten Völker und Klassen treten: "In der gegenwärtigen internationalen Lage, die von der stürmischen Entfaltung der Kämpfe der Länder um Unabhängigkeit, der Nationen für Befreiung undder Völker für Revolution gekennzeichnet ist, ist es Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes, sich aktiv einzureihen in die Front der gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte kämpfenden Völker der Welt."

Unser Land ist geteilt und von ausländischen Truppen besetzt. Auf deutschem Boden stehen sich – bis an die Zähne bewaffnet – die Armeen der beiden Supermächte gegenüber. 38 Milliarden wurden den Werktätigen Westdeutschlands seit 1961 an Steuergeldern abgepreßt, um den Unterhalt der US-Besatzertruppen zu finanzieren. Nicht nur, daß die US-Imperialisten ihre Verbrechen gegen die um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden Völker von deutschem Boden aus betreiben, die Werktätigen Westdeutschlands müssen auch noch dafür zahlen. Und zwar nicht nur durch die offiziellen Unterhaltszahlungen, sondern auch dadurch, daß der US-Dollar ständig die Inflation treibt. Auf diese Weise wälzen die US-Räuber die Kosten ihrer verbrecherischen Kriege teilweise auf die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands ab.

27 % der westdeutschen Wirtschaft befinden sich direkt in der Hand der US-Monopole. Als die US-Imperialisten den sowjetischen Sozialimperialisten im letzten Nah-Ost-Krieg androhten, ihre Truppen in Richtung Nahost marschieren zu lassen, da wurde auch die Bundeswehr in Alarmbereitschaft versetzt. Von deutschen Seehäfen aus verschifften die US-Kriegsverbrecher Waffen zur Unterstützung der zionistischen Aggressoren. Weil die US-Aggressoren die westdeutschen Imperialisten bei ihrer gegen die arabischen Staaten gerichteten Aggressionspolitik ins Schlepptau genommen haben, gab es auch für die Werktätigen Westdeutschlands Sonntagsfahrverbot und ungeheizte Arbeitsplätze.

Der andere Staat deutscher Nation – die DDR – wird von der zweiten, nicht minder aggressiven Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus besetzt gehalten. Politisch, wirtschaftlich und militärisch steht dieser Teil unseres Vaterlandes unter dem Stiefel der neuen Zaren im Kreml, die in der Vasallenclique um Honnecker willfährige Marionetten gefunden haben, um ihr Besatzerregime über unsere Klassenbrüder in der DDR aufrechtzuerhalten. Breshnew und Konsorten und ihre Erfüllungsgehilfen vom Schlage Ulbrichts und Honneckers zwangen die einst sozialistische DDR, auf die voller Hoffnung die Blicke der gesamten deutschen Arbeiterklasse gerichtet waren, auf den Weg des revisionistischen Verrats, der Kapitalismus wurde wieder hergestellt. Mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl wurde der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat in ein finsteres Gefängnis verwandelt. Für die imperialistischen Großmachtinteressen der neuen Zaren mußten DDR-Soldaten am Einmarsch in die Tschechoslowakei teilnehmen.





Wer will die Spaltung Deutschlands ?

Nach dem 2. Weltkrieg war es vor allem der US-Imperialismus, der die Teilung Deutschlands betrieb, um Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen die sozialistische Sowjetunion und gegen die nach dem 2. Weltkrieg in Osteuropa entstandenen Volksdemokratien zu machen. Bei diesen imperialistischen Plänen gab es für die US-Imperalisten in Deutschland nur einen möglichen Bündnispartner: die deutsche Monopolbourgeoisie, die Krupp, Thyssen und Flick, die wahren Herren des Hitlerregimes. Sie, die keine Chance mehr sahen, ihre Herrschaft über ganz Deutschland wieder errichten zu können, dienten sich jetzt den US-Imperialisten als Werkzeug an, um das Potsdamer Abkommen zu sabotieren Westdeutschland aus dem deutschen Nationalverband herauszulösen. Sie scheuten sich nicht, in den Pariser Verträgen der Besetzung Westdeutschlands durch die Truppen der Westmächte bis zum Jahre 2005 zuzustimmen.

Auf der anderen Seite kämpfte das deutsche Volk und an seiner Seite die sozialistische Sowjetunion für die Einheit Deutschlands. Stalin persönlich, dieser große Freund des deutschen Volkes, setzte in dem Potsdamer Abkommen vor allem gegen die Spaltungspläne der US-Imperialisten die Anerkennung und Wahrung der nationalstaatlichen Einheit durch.

Auch nach der Gründung des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, die erst erfolgte, nachdem die US-Imperialisten und die deutsche Monopolbourgeoisie mit der Gründung der Bundesrepublik die nationalstaatliche Einheit Deutschlands zerstört hatten, unterstützte die Sowjetunion den Kampf des deutschen Volkes unter der Führung der KPD und SED für die nationale Einheit in einem demokratischen und antifaschistischen Deutschland. Die Regierung der DDR machte zahlreiche Vorschläge für eine Wiedervereinigung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens.

Heute mag die Honnecker-Clique davon nichts mehr hören. Sie kann ihre faschistische Herrschaft über unsere Klassenbrüder in der DDR nur auf die Bajonette der sowjetischen Sozialimperialisten stützen. Sie muß dem Befehl ihrer imperialistischen Herren in Moskau folgen, die genau wie die US-Imperialisten an der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands interessiert sind, solange sie den Zeitpunkt nicht für gekommen halten, im Kampf gegen den US-Imperialismus zu versuchen, die Vorherrschaft über ganz Deutschland zu erringen.

In dieser Rivalität der Supermächte, die sich waffenstarrend auf deutschem Boden gegenüberstehen, geht für unser Volk und für das Schicksal unserer Nation die größte Gefahr aus: Das ZK stellt in seiner Erklärung dazu fest:

"Gleichzeitig erhöht die fortbestehende Teilung Deutschlands, die Bindung an die Nato und den Warschauer Pakt, die Gefahr für unser Volk und Land, in einen militärischen Konflikt der Supermächte hineingezogen und zum Schlachtfeld eines Krieges zu werden."

Die deutsche Nation existiert !

Obwohl es seit fast 25 Jahren keinen einheitlichen deutschen Nationalstaat mehr gibt, wünscht das deutsche Volk nach wie vor mit allen Landsleuten gemeinsam, ungehindert durch willkürliche staatliche Grenzen in der angestammten Heimat zu leben. Die Verfolgung und Schikanierung von DDR-Reisenden unter dem Adenauer-Regime konnte diesen Willen des deutschen Volkes zur nationalen Einheit ebensowenig brechen wie der Mauerbau seitens der DDR-Machthaber.

Die Kommunisten gehen bei der Frage, ob von einer einheitlichen Nation gesprochen werden kann, von folgender Definition aus; **"Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart." (ZK-Erklärung).** Zweifellos sprechen die Deutschen in Ost und West nach wie vor dieselbe Sprache. Zweifellos bewohnen sie auch ein zusammenhängendes Territorium. Momentan ist der ursprünglich einheitliche deutsche Wirtschaftsraum zwar weitgehend auseinandergerissen, die Bundesrepublik wurde in die EWG, die DDR in den COMECON eingegliedert, aber gerade diese momentane Trennung zeigt, daß es sich eigentlich um ein zusammengehöriges Wirtschaftsgebiet handelt: so muß die DDR Steinkohle aus Polen einführen, während im Ruhrgebiet Zeche auf Zeche geschlossen wird.

Eindrucksvoll dokumentiert das Zentralkomitee unserer Partei in seiner Erklärung, wie der Charakter der deutschen Nation in den Kämpfen der Jahrhunderte geprägt worden ist. Wie aus den Bauernkriegen, aus der bürgerlichen Revolution, aus den Kämpfen der Arbeiterklasse der Wille des deutschen Volkes spricht, als freie Menschen frei in einem freien Land zu leben. Die Geschichte unseres Volkes spiegelt wie die Geschichte eines jeden Volkes den Kampf des Fortschrittlichen gegen das Reaktionäre wider: **"Wir bejahen nur das, was in der Geschichte eine fortschrittliche Rolle gespielt hat; das Reaktionäre und Konservative wird von uns entschlossen kritisiert und abgelehnt" (ZK-Erklärung).**

In der Erklärung werden die großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen unseres Volkes aufgezeigt und es wird festgestellt: **"Es gibt keine Kraft in der Welt, die auf die Dauer imstande wäre, diese ruhmreichen Traditionen aus dem Bewußtsein unseres**

Volkes zu tilgen. Schlechte Traditionen kommen und gehen, ebenso wie die Menschen, die Klassenkräfte, die sie hervorgebracht haben. Sie werden mit Unkraut und Disteln bedeckt und niemand erinnert sich ihrer. Diese ruhmreichen Traditionen aber werden ewig leben, ebenso wie das Volk, das wir hervorgebracht hat. Es ist vor allem die Pflicht der Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten, diese ruhmreiche Tradition des deutschen Volkes fortzusetzen. Es ist ihre Pflicht, getreu dem Vorbild Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns, kühn und entschlossen den Kampf aufzunehmen gegen das Kapital und seine Handlanger, für die Einheit der deutschen Nation."

Keine Wiederver – einigung unter dem westdeutschen Imperialismus

Wir haben gesehen, daß die neue Bourgeoisie in der DDR nicht nur den Sozialismus, sondern auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten hat. Wie aber steht es mit den westdeutschen Imperialisten? Sie tönen doch durch ihre Bonner Geschäftsträger häufig und laut von der "Wahrung der nationalen Einheit". Die Monopolbourgeoisie hat nach dem letzten Krieg skrupellos die Spaltung Deutschlands betrieben, warum sollte sie jetzt plötzlich zum "Wahrer der nationalen Einheit" werden? Wenn sie von Wiedervereinigung spricht, dann geht es ihr nicht um die nationalen Interessen unseres Volkes, sondern um ihr imperialistisches Interesse an der Rückeroberung der DDR.

Die Werktätigen in der DDR können kein Interesse daran haben, daß die Herrschaft der neuen Bourgeoisie durch die Herrschaft der westdeutschen Imperialisten abgelöst wird. Das westdeutsche Proletariat kann kein Interesse daran haben, daß der westdeutsche Imperialismus durch die Einverleibung der DDR gestärkt wird. Die Arbeiterklasse hat kein gemeinsames Interesse mit ihren imperialistischen Ausbeutern. Darum tritt unsere Partei dem Wiedervereinigungsgeschrei der westdeutschen Imperialisten entschieden entgegen und fordert die sofortige und bedingungslose Anerkennung der DDR als souveräner Staat.

Momentan sind die westdeutschen Imperialisten verglichen mit den Supermächten in jeder Hinsicht zu schwach, um ihre revanchistischen Rückeroberungspläne verwirklichen zu können. Gegenwärtig geht die Hauptgefahr für den Frieden in der Welt und auch in Europa von der Rivalität der Supermächte aus. Aber der westdeutsche Imperialismus versucht seinerseits wieder zur Großmacht aufzustreben, indem er einerseits zwischen den Supermächten zu lavieren sucht und andererseits um die Vorherrschaft in Westeuropa kämpft. Die westdeutschen Imperialisten werden ihre aggressiven Pläne niemals aufgeben.

"Das ZK der KPD/ML geht bei seiner auf dem Dezemberplenum 1973 verabschiedeten Erklärung zur nationalen Frage davon aus, daß ihre Lösung untrennbar verbunden ist mit der allgemeinen Frage der sozialistischen Revolution, daß ihre konkrete Besonderheit zu sehen ist im historischen Rahmen unserer Epoche. Unsere Epoche ist die des Imperialismus als höchstem und letztem Stadium des Kapitalismus, des monopolistischen, parasitären, verfaulenden, sterbenden Kapitalismus, des Vorabends der sozialistischen Revolution des Proletariats. Ist die Epoche, deren Haupttendenz die Revolution und der Sieg des Sozialismus ist.' (ZK-Erklärung).

Diese Fastestllung ist von äußerster Wichtigkeit. Indem das ZK mit Nachdruck betont, daß die Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands untrennbar mit der proletarischen Revolution, mit dem Sieg des Sozialismus in ganz Deutsch land verbunden ist, wird gleichzeitig eindeutig klargestellt, daß die proletarische Revolution weder in der Bundesrepublik noch in der DDR eine eigenständige nationale Etappe kennt.

In beiden deutschen Staaten steht für die Arbeiterklasse unmittelbar die Eroberung bzw. Rückeroberung (DDR) der politischen Macht, die Zerschlagung des jeweiligen Ausbeuterstaates und die Errichtung bzw. Wiedererrichtung (DDR) der Diktatur des Proletariats auf der Tagesordnung. Die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands kann nur in einem unabhängigen, sozialistischen Deutschland wiederhergestellt werden.

Die Bourgeoisie vertritt keine anderen als ihre eigenen imperialistischen Interessen. Nur der Kampf des Proletarairs und der mit ihm verbündeten Volksschichten wird nach der sozialen auch die nationale Befreiung Deutschlands bringen. Die Arbeiterklasse muß die Führung der Nation übernehmen. Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig diese Führung an die Arbeiterklasse abtreten. Die westdeutschen Imperialisten werden, um ihre Herrschaft vor dem Ansturm der Arbeiterklasse zu retten, keinen Augenblick zögern, sich im erneuten Verrat an der Nation mit den US-Imperialisten gegen die Werktätigen Westdeutschlands zu verbünden. Die sowjetischen Sozialimperialisten werden mit dem vollsten Einverständnis der Vasallenclique um Honnecker ihre Truppen gegen unsere Klassenbrüder in der DDR marschieren lassen. Darum betont das ZK in seiner Erklärung: **"Das Proletariat muß daher seine Bewaffnung und allseitige militärische Ausbildung betreiben. Das ist eine Grundvoraussetzung für die sozialistische Revolution und die Verwandlung eines etwaigen imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Deshalb strebt die KPD/ML die allgemeine Volksbewaffnung an."**

Wie der Kampf um die soziale Befreiung verlangt in Deutschland auch der Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit der Nation den unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Dieser Kampf kennt seitens der Arbeiterklasse keinen Waffenstillstand. Voller Abscheu weist unser ZK noch einmal die sozialchauvinistischen Auffassungen der sozialdemokratischen Verräter der II. Internationale zurück, die besagen, das Proletariat müsse im Falle eines imperialistischen Krieges den Kampf gegen den Klassenfeind im eigenen Land einstellen, ja diesen sogar im imperialistischen Krieg unterstützen. Unsere Partei würde in diesem Fall bedingungslos der alten Parole der Arbeiterbewegung folgen: Krieg dem imperialistischen Krieg! **"Sollte es zu einem Krieg zwischen den Supermächten kommen und der westdeutsche Imperialismus sich daran beteiligen, wäre dies ein imperialistischer Krieg, den das Proletariat in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie verwandeln müßte" (ZK-Erklärung).**

Tod dem Faschismus!

Die Bourgeoisie weiß, wie tief das deutsche Volk die nationale Unabhängigkeit und Einheit wünscht. Demagogisch versucht sie diesen berechtigten Wunsch unseres Volkes für ihre verbrecherischen Ziele zu nutzen. Das nationale Bewußtsein des Volkes versucht sie mit dem Gift des Nationalismus und Großmachtchauvinismus zu verseuchen. Wie die Hitlerfaschisten, so versuchen auch jetzt schon wieder offene Faschisten von Strauß bis Thadden das Volk auf diese Weise zu täuschen, um es vor den Karren der imperialistischen Kriegstreiber zu spannen. **Aber die deutsche Arbeiterklasse, das gesamte werktätige Volk weiß: die Faschisten sind die Todfeinde der Arbeiterklasse. Der zweite Weltkrieg hat gezeigt: der Faschismus stürzt die eigene und andere Nationen ins Unglück. Die braune Pest muß – wo auch immer sie sich ans Tageslicht wagt – schonungslos bekämpft werden.**

Nieder mit dem Verrat der D'K'P - Revisionisten!

Die D'K'P-Revisionisten verherrlichen die Spaltung Deutschlands. Sie preisen die Mauer als "antifaschistischen Schutzwall", die Truppen der neuen Zaren, die die DDR besetzt und unsere Landsleute dort in Knechtschaft halten, loben sie als "Beistand des sowjetischen Brudervolkes". Sie preisen die Vasallenclique um Honnecker als von Arbeitern und Bauern eingesetzt, wo jeder Mensch sieht, daß sie nur Marionetten in den Händen ihrer Moskauer Herren sind.

Die D'K'P-Revisionisten behaupten, die Sowjetunion sei keine imperialistische Supermacht, sondern ein sozialistisches Land, wo doch allein der Überfall auf die Tschechoslowakei beweist, daß die neuen Zaren um keinen Deut besser sind als die Kriegsverbrecher in Washington.

Sie behaupten, die Zusammenarbeit des sowjetischen Sozialimperialismus mit dem US-Imperialismus verringere die Kriegsgefahr, sichere den Frieden, wo in Wirklichkeit die hauptsächliche Kriegsgefahr in der Welt von dem Kampf der Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt ausgeht.

Sie leugnen das aggressive Wesen des westdeutschen Imperialismus, indem sie der Brandt-Regierung, unter der wir beispielsweise die höchste Steigerung des Rüstungsetats erlebt haben, Vernünftigkeit bescheinigen.

Vor allen Dingen aber predigen sie den Pazifismus in der Arbeiterbewegung. Mit allen Mitteln wollen sie verhindern, daß die Erkenntnis, daß nur die gewaltsame Revolution die soziale und nationale Befreiung Deutschlands verwirklichen kann, sich in der Arbeiterklasse durchsetzt. Hier enthüllt sich klar das Wesen der D'K'P als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung.

Proletarischer Patriotismus - Ausdruck des proletarischen Internationalismus!

"Als Kommunisten sind wir Internationalisten. Können wir auch gleichzeitig Patrioten sein?" Auf diese Frage gibt das ZK die klare Antwort, daß jeder Kommunist Patriot sein muß. Das ZK weist aber gleichzeitig darauf hin, daß ein und dieselben Begriffe oft verschiedenen Klasseninhalt haben, **"daß es neben dem 'Hurra-Patriotismus' des Bürger- und Kleinbürgertums den proletarischen Patriotismus gibt."** Im Sinne des proletarischen Patriotismus handelten im zweiten Weltkrieg die Soldaten, die zur Roten Armee desertierten, um gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen. Im Sinne des proletarischen Patriotismus handelten die Studenten der weißen Rose. Patriotisch handelten in letzter Zeit die Bürger von Nordhorn, Klausheide und Umgebung, als sie gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range kämpften; die Bauern, die sich gegen den Manöverterror der Besatzertruppen zur Wehr setzten.

Entscheidendes Merkmal des proletarischen Patriotismus ist, daß er auf der Achtung des nationalen Stolzes anderer Völker und auf der brüderlichen Freundschaft mit ihnen beruht. Der proletarische Patriotismus ist Ausdruck des proletarischen Internationalismus.

Kühn und entschlossen den Kampf für die Einheit der Nation aufnehmen

"Deutschland gehört dem deutschen Volk und sonst niemandem auf der Welt. Weder den amerikanischen Imperialisten und den von ihnen hochgepäppelten westdeutschen Militaristen, noch der sozialimperialistischen Führungsclique der Sowjetunion und ihren Lakaien, der ostdeutschen revisionistischen Führungsgruppe" (ZK-Erklärung). Vereinigen wir uns im revolutionären Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Einheit mit allen deutschen Patrioten. Kämpfen wir für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, für den Austrit der zwei deutschen Staaten einerseits aus der Nato und der EG, andererseits aus dem Warschauer Pakt und dem COMECON. Der Sieg der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung ist sicher, denn ihre Sache ist gerecht: das vereinigte, unabhängige, sozialistische Deutschland.



WEG MIT HONNECKER, WEG MIT BRANDT, ALLE MACHT IN ARBEITERHAND!

NIEDER MIT DEM US - IMPERIALISMUS UND DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Revisionisten verraten Studentenkampf um bessere Lebens bedingungen

In einem machtvollen Sternmarsch nach Bonn protestierten über 40.000 Studenten gegen die unzureichende Förderung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG). Sie forderten die Anhebung des Förderungssatzes von 420,-- auf 500,-- DM und des Elternfreibetrags von 800,-- auf 1.200,-- DM.

Dies ist notwendig nicht nur wegen der ständigen unverschämten Preissteigerungen, sondern auch wegen der Lohnerhöhungen, die zwar die Teuerung noch lange nicht aufwiegen, aber den Normalverdienst der Eltern über den Freibetrag von 800,00 DM steigen ließen. Dadurch erhalten viele Studenten gerade aus minderbemittelten und Arbeiterfamilien weniger Förderung als zuvor. Die Weigerung der Bundesregierung, diese Beträge jetzt anzuheben, zeigt deutlich, was sie damit erreichen will: Arbeiterkinder sollen durch finanzielle Austrocknung vom Studium abgehalten, die Universitäten sollen wieder Tummelplatz der Reichen werden. Numerus Clausus auf kaltem Wege. Klassenkampf durch Beschneidung der Förderung. **Der Kampf der Studenten gegen diese Förderungspolitik im Interesse des Kapitals ist ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes.**

Umso schändlicher ist der Verrat, den die Studentenführer aus dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) an diesem Kampf üben. Das kommt nicht von ungefähr. Der VDS befindet sich mehrheitlich in der Hand der modernen Revisionisten von der D"K"P sowie einiger Vertreter des Neorevisionismus von KBW und Zirkelorganisationen. Nicht nur, daß diese Leute die Aufstellung völlig berechtigter höherer Forderungen verhinderten, sie unterbanden einfach die Propagierung dieser Forderungen, indem sie eine einstweilige Verfügung gegen den Studentenverband der Ingenieurschulen erwirkten. Die Vertreter des SVI durften auf der Schlußkundgebung nicht sprechen, und wurden von der Polizei von den übrigen Teilnehmern durch Polizeiketten isoliert. Die VDS-Bonzen behaupteten, der Sternmarsch sei die endgültige Kampfaktion gegen das reaktionäre BAFöG und versuchten, die Studenten von weiteren Kampfaktionen abzuhalten. Bemerkenswert ist, daß die Revisionisten Fahrradketten und Helme gegen die "Chaoten" unbehelligt von der Polizei mitführen durften, während Genossen der KPD/ML, der ROTEN GARDE und des KSB/ML wegen "Bewaffnung durch Helme" vor die Klassenjustiz gezerrt werden.

Während der Demonstration und der Schlußkundgebung verteilten Genossen vom KSB/ML Flugblätter, in denen sie diese Machenschaften der revisionistischen VDS-Führer entlarvten. In vielen Gesprächen mit Demonstranten erklärten sie die Verrätertaktik der VDS-Bonzen anhand der Ereignisse beim Sternmarsch und fanden reges Interesse und Zustimmung. Sie wiesen auf die abwieglerische Politik des VDS hin, der immer dann den Kampf gegen das BAFöG hochspielt, wenn bedeutend wichtigere Fragen auf der Tagesordnung stehen, z.B. Polizeieinsatz, wie erst unlängst auf der Ruhruniversität Bochum.

Die Genossen vom KSB/ML machten klar, daß auch der studentische Kampf, als Teil des allgemeinen Klassenkampfes, nur dann konsequent geführt werden kann, wenn er unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Vorhutpartei der KPD/ML, auf revolutionäre Weise geführt wird.

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH: ROTER MORGEN
PROBENUMMER
ABONNEMENT
AB NUMMER.......... .....

Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

KPD/ML zersprengt faschistischen Jugendkongress

Die KPD/ML hatte alle Antifaschisten aufgerufen, an einer Demonstration gegen den Landesjugendkongreß der NPD in Eckernförde teilzunehmen. Eckernförde ist eine Kleinstadt in Schleswig-Holstein, in die sich die Faschisten zurückziehen wollten.



Wenn auch der Hauptstoß im antifaschistischen Kampf der Faschisierung des Staatsapparates gilt, mit dem Ziel, diesen imperialistischen Staat zu zerschlagen, so ist es auch wichtig, gegen faschistische Organisationen vorzugehen, die im Volk den Boden für den Faschismus bereiten wollen.

Unsere Propaganda hatte in Eckernförde die Solidarität der Bevölkerung hervorgerufen. Fast 100 Jugendliche konnten durch Propaganda in Jugendheimen und Diskotheken vor der Demonstration noch zur Teilnahme gewonnen werden.

Voran die Fahne der KPD/ML zog der Zug von 200 Demonstranten mit revolutionären Liedern und Parolen zum Versammlungssaal der Faschisten. In Angst und Panik versetzt, ließen die Faschisten sich mit einem Sperrgürtel von 80 Bereitschaftspolizisten abriegeln. Diese waren mit Helmen, Schildern, Tränengas und Hunden ausgerüstet. Doch die Sicherheitsvorkehrungen nützten nichts.

Denn zur gleichen Zeit, als die Polizei draußen beschäftigt war, um den Saal gegen die anstürmenden Demonstranten zu halten, erklärte die KPD/ML im Saal die Faschistenversammlung für beendet. Daraufhin stürzten Polizisten, die in einem Hinterzimmer versteckt waren, in den Raum. Es entbrannte eine militante Auseinandersetzung, bei der einer der Faschisten krankenhausreif zu Boden gehen mußte.

Wenn es auch nicht gelang, die Faschistenversammlung vollständig zu zerschlagen, wurde dennoch deutlich, daß unsere Partei, die KPD/ML, die einzig konsequente antifaschistische Kraft ist.

Die revisionistische 'S'dAJ rief zur Passivität auf und offenbarte ihren Charakter als Wegbereiter des Faschismus. Sie pries die Ostverträge und die sogenannten "fortschrittlichen Kräfte" der Bourgeoisie, die diese Verträge geschlossen haben - die Kräfte, die mit faschistischen Maßnahmen gegen die anwachsende Arbeiterbewegung vorgehen.

Der 'K'BW und der 'K'B-Nord riefen zu keinerlei Kampfmaßnahmen auf. Einige 'K'BW-Leute meinten sogar, der Kampf gegen den Faschismus sei heute nicht so wichtig.

Das faschistische Vorgehen der Polizei hat gezeigt, wie wichtig der antifaschistische Kampf heute ist, daß dieser Kampf militant geführt werden muß.

Tod dem Faschismus! Vorwärts zur proletarischen Revolution! Vorwärts mit der KPD/ML und der Roten Garde!

Benzinpreiserhöhung - Ein unverschämter Lohnraub

Mitte voriger Woche verkündeten die Ölkonzerne eine drastische Erhöhung der Benzinpreise um 10 bis 14 Pfennig. Den Vorreiter machte ARAL, ihr folgten zwei Tage später ESSO und SHELL und einen Tag darauf die BP. Nur die freien Tankstellen handelten ihr Benzin bis zum 26. Januar teilweise noch zum alten Preis.

Mit ganzseitigen Anzeigen und Beilagen zu auflagestarken Tageszeitungen versuchen die Konzerne, sich reinzuwaschen. Darin schildern sie ihre "Not" so ergreifend, daß man versucht ist, eine Spendensammlung für sie zu veranstalten. Mit diesem Trick versuchen sie, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, ihre Riesenprofite zu verschleiern und alle Schuld auf die berechtigten Preisforderungen der arabischen Länder abzuwälzen. **Die Benzinpreiserhöhung zeigt einmal mehr, daß die imperialistischen Konzerne bei ihrer Jagd nach Maximalprofiten vor keiner noch so krassen Ausplünderung der Arbeiterklasse zurückschrecken.** Sie wissen, daß die meisten Arbeiter, die ein Auto besitzen, auf ihr Auto angewiesen sind, und diese Abhängigkeit benützen sie für ihre schamlose Bereicherung.

Als Allheilmittel gegen solche Preistreiberei preisen uns die revisionistischen Arbeiterverräter von der D"K"P in ihrer UZ die Verstaatlichung der Ölkonzerne an. Das ist pure Demagogie, denn ausgerechnet der Vorreiter der Preissteigerung, die ARAL, ist ein staatlicher Konzern. Das beweist einmal mehr, daß im kapitalistischen Staat auch staatliche Betriebe kapitalistisch sind.

Die Verstaatlichung der Konzerne nützt der Arbeiterklasse nur dann, wenn sie die Macht im Staate innehat. Das ist nur möglich durch die Zerschlagung des kapitalistischen Staates in der bewaffneten Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus.

Parteibüros

HAMBURG: Stresemannstr. 110

Kiel: Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762.

Bremen: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Mannheim: Lortzingstr. 5,

Öffnungszeiten: Dienstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Donnerstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Samstags: 9.00 - 13.00 Uhr.

München: 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19 Tel.: 089/77 51 79.

Öffnungszeiten: Mittwoch: 17.00 - 19.00 Uhr, Samstag: 9.00 -14.00 Uhr.

Partei-veranstaltungen

Mühlheim: Am 1.2.74 findet in der Gaststätte Antrop, Feldstr. eine Veranstaltung statt unter dem Thema: 55 Jahre KPD - 5 Jahre KPD/ML. Beginn: 17.oo Uhr

Marburg: Vom 28.1. bis 1.2.74 findet in Marburg eine Albanienwoche statt. Am Montag, den 28.1. findet dazu eine Parteiveranstaltung im "Hessischen Hof" statt. Am 5. 2.74 findet in Marburg eine Solidaritätsveranstaltung zum Prozeß gegen Ralf Schneider statt unter der Parole: "Kampf der bürgergerlichen Klassenjustiz".

BOCHUM: 55 Jahre KPD - 5 Jahre KPD/ML, am 9. Febr. um 20.oo Uhr in der Gaststätte "Zum Sporteck", Bochum-Werne, Heinrich-Gustav-Straße 131

RECKLINGHAUSEN: "Fahrpreiserhöhungen - wir zahlen keinen Pfennig mehr - Nulltarif im Nahverkehr!" - am 1. Febr. um 19.oo Uhr in der Gaststätte "Lindenhof", Dortmunder Str. 122

HAMBURG: "Reform oder Revolution - Grundsätzliches zur D"K"P -", am 8. Febr. um 19.oo Uhr in der Gaststätte "Im alten Sängerheim".